

Podiumsdiskussion am 10.9.18

Für das Ostend sind einige maßgebliche Entscheidungen getroffen worden, die den Stadtteil nicht nur augenscheinlich deutlich verändern, sondern auch massiv in die Bevölkerungsstruktur und das Leben der Bewohner*innen eingreifen.

Der Aufwertungs-begriff, der hier verwendet wird, bezieht sich vor allem auf die Modernisierung des alten Hausbestandes und auf einen Wandel des ansässigen Gewerbes. Insbesondere mit der Verlagerung der EZB hat die Stadt ein Fanal gesetzt, um auch von „Außerhalb“ Interessenten anzulocken und damit ein Stückweit die Entwicklung aus der Hand zu geben und dem „freien“ Markt zu überlassen. Dabei stellt sich die Frage, ob der hieraus resultierende Anreiz Immobilienspekulanten anzulocken, der durchaus absehbar war, nur billigend in Kauf genommen, oder hier tatsächlich beabsichtigt wird, die Bevölkerungsstruktur zu verändern und zwar zugunsten einer solventeren Klientel. Immerhin lässt sich feststellen, dass kaum flankierende Maßnahmen getroffen wurden, dies einzudämmen respektive zu verhindern.

Über die Konsequenzen und mögliche Strategien diese Entwicklung zu stoppen und in sozialverträgliche Bahnen zu lenken soll am 10.9.18 diskutiert werden. Dabei wird das Ostend als Beispiel für viele Bezirke vorgestellt. Letztendlich gilt es aber Lösungen zu entwickeln, die übergreifend für viele Stadtteile in Ballungszentren angewandt werden können.

Das Podium

Dr. Andrea Mösgen – sie stellt fest: „Seit dem Beschluss der EZB, ihren Sitz ins Ostend zu verlegen, hat der Stadtteil eine markante symbolische Aufwertung erfahren und die Mieten sind dynamischer gestiegen als in anderen Stadtteilen. Die Aufwertungsbestrebungen der Stadt Frankfurt lassen sich jedoch bis in die späten 1980er Jahre zurückverfolgen.“

Conny Petzold - sie warnt: "Der Druck auf dem Wohnungsmarkt verdrängt Arme und Geringverdienende, so dass eine Entmischung der Stadt droht. Am Ostend ist das gegenwärtig gut zu beobachten."

Bernd Hausmann – er bemerkt: „Bei der Diskussion um die Mietpreisentwicklung darf man die Entwicklung bei den Gehältern und Löhnen nicht außer Acht lassen.“

Dr. Björn Egner –sein Statement: "Die deutsche Wohnungspolitik ist tot."

Inken Martin – sie kommentiert: „Es ist zynisch von Aufwertung zu sprechen, wenn sich die Bewohner*innen ihren eigenen Stadtteil nicht mehr leisten können.“